Zur Debatte über die MSV-Initiative im Nationalrat : "Realpolitische Vernunft"

Autor(en): **Füeg, Cornelia / Weber, Monika / Mascarin, Ruth**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **9 (1983)**

Heft 4

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-359942

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ZUR DEBATTE ÜBER DIE MSV-INITIATIVE IM NATIONALRAT:

"Realpolitische Vernunft"

Am 16. März hatte sich der Nationalrat mit der Mutterschutz-Initiative zu befassen. Wie nicht anders zu erwarten, empfahl er die Initiative Volk und Ständen mit grossem Mehr zur Ablehnung. LdU, Bürgerliche und NA haben Nein gestimmt, SP und PdA/POCH/PSA Ja. Hauptkritikpunkt an der Initiative war der verlangte Elternurlaub von neun Monaten. Die Kosten seien wirtschaftlich untragbar... und gerade in der heutigen Zeit... der Sozialstaat hat schliesslich seine Grenzen... die Initiative widerspricht der realpolitischen Vernunft! Im übrigen seien die Forderungen der Initiative zum grossen Teil in der Revision der Krankenversicherung enthalten, die momentan in Arbeit ist. Gerade dieses Argument zeigt, wie wenig die "Volksvertreter" begriffen haben, worum es den Initiantinnen überhaupt geht. Bei der Revision der Krankenversicherung ist der Elternurlaub eben nicht enthalten. Und er allein wäre ein Schritt in Richtung Gleichberechtigung von Frau und Mann – auch bei der Kindererziehung. Dazu kommt, dass die Initiative eine eigenständige Versicherung der Mutterschaft verlangt, die auf dem solidarischen Prinzip von Lohnprozenten aller beruht. Die Krankenversicherung aber ist freiwillig und kennt keine proportionale Abstufung der Beiträge entsprechend dem Lohn. Bleibt noch anzumerken, dass die Revision der Krankenversicherung noch lange nicht abgeschlossen ist. Vorläufig steckt sie noch in der Kommissionsberatung, dann muss sie vor den National- und Ständerat, die beide an den Neuerungen noch zünftig abstreichen werden, schliesslich noch von Volk und Ständen angenommen werden! Nebenstehend einige Äusserungen von Nationalrätinnen. Merke: Ausser beim LdU haben alle Frauen gemäss Fraktionsparole gestimmt!

Cornelia Füeg, FDP

"Die Forderungen der Initiative, mit Ausnahme des Elternurlaubs, sind unbestritten, aber im Rahmen des KUVG zu realisieren. Das ist der schnellste Weg. Was den Elternurlaub anbelangt, geht diese Forderung zu weit und würde sich kontraproduktiv auswirken. Ein Arbeitgeber würde sich wohl die Einstellung einer jungen Frau zweimal überlegen. In erster Linie muss ein Urlaub mit dem Partner, der Familie geregelt werden. Alleinstehende Mütter, die die Mutterschaft nicht freiwillig wählten, könnten allenfalls während dem Urlaub weiterhin ihren Lohn beziehen. Aber durch den Kanton oder die Gemeinde.
Zudem: Wenn sich eine Frau im Beruf qualifiziert hat, ist der Arbeitgeber mit Sicherheit gerne bereit, während 9 Monate zu warten und sie danach wieder einzustellen.
Die Frauen sollen selber an sich arbeiten und nicht nur die hohle Hand hinhalten."

(Telefoninterview)

Monika Weber, LdU

"Die Initiative erachte ich als wichtig. Mit dem Elternurlaub geht sie allerdings zu weit, denn man muss sich – ganz allgemein – fragen, was realistische Forderungen, z.B. gegenüber einem Arbeitgeber sind. Besser als allgemeine Normen aufzustellen, sollen Sozialleistungen an einen Punkt hinzielen.
Ich persönlich habe mich aus Solidarität den Frauen gegenüber, die die Initiative lancierten, der Stimme enthalten."

(Telefoninterview)

Ruth Mascarin, POCH:

Der Elternurlaub würde erstmals ermöglichen, dass die Lasten der Kinderbetreuung nicht mehr ausschliesslich von den Frauen getragen werden müssen. Der Elternurlaub ist die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die Frauen als potentiell Schwangere und Mütter nicht allein die Nachteile zu tragen haben am Arbeitsplatz und überhaupt im gesamten gesellschaftlichen Rahmen. Der Mann als potentieller Vater, der Elternurlaub nimmt, hätte dann in den Augen des kalkulierenden Arbeitgebers das gleiche Risiko an sich wie die Arbeitnehmerin, nämlich das Risiko, als Mensch Kinder zu haben.
Das Konzept des Bundesrates ist im Vergleich zur Initiative frauenfeindlich, das möchte ich deutlich sagen. Es schafft weitere Sachzwänge zur Zementierung der traditionellen Rollenverteilung. Wir wehren uns dagegen, dass die Frauen weiterhin zwischen Beruf und Kinderhaben entscheiden müssen, nur das eine oder das andere haben können und für einen beruflich erfolgreichen Mann selbstverständlich eine Frau mit ein bis zwei Kindern dazu gehören.

(aus der Fraktionserklärung)

Eva Segmüller, CVP:

"Mit dem Ziel gehen wir einig: der Mutterschaftsschutz muss ausgebaut werden. Mit dem Weg sind wir nicht einig: der absolut schnellste und beste ist über das KUVG.
Den Elternurlaub in der vorgeschlagenen Form lehnen wir ab.

1. Diese Art von Finanzierung ist utopisch. Zudem wird befürchtet, dass möglicherweise die andern Familienleistungen blockiert werden "Säuglingsleistungen" sollen nicht gegen gesamtfamiliäre Leistungen stehen.
2. In der Form der ersten 9 Monate zu starr. Zwar ist das erste Lebensjahr wichtig, aber die Betreuung ist damit nicht abgegolten.

Unser Vorschlag:

– ein generell unbezahlter Elternurlaub von 9 Monaten, beziehbar nach Bedarf, d.h. mal hier einen Monat, mal da einen, verteilt über ca. 16 Jahre. So eine Art Couponsystem.
  Ein bezahlter Urlaub wäre möglich, z.B. für alleinstehende Mütter."

(Telefoninterview)

Doris Morf, SPS:

Für uns ist der Mutterschutz nicht so sehr ein Finanzproblem als vielmehr eine Frage der Prioritätensetzung und der Solidarität. Dass die Verfassung der Initiative nicht bedarf, ist möglich; aber die Mütter haben sie nötig. Was der Bundesrat zur Revision der Krankenversicherung vorgelegt hat, ist erst ein Vorschlag. Dieses kleine Fuder Heu ist aber noch keineswegs unter Dach. Uns verwundert, dass Mutterschutz nicht allein schon im Interesse des Staates erste Priorität geniesst. Er kommt noch vor dem Familienschutz. Besonders enttäuscht sind die Initiantinnen, dass der Mutterschutz im Rahmen der Krankenversicherung verwirklicht werden soll. Eine Herauslösung aus diesem Rahmen wäre krisensicherer. Was den bezahlten Elternurlaub anbelangt, so ist er in den Nachbarländern in der einen oder anderen Form eingeführt. Die reiche Schweiz dagegen hat hierfür angeblich kein Geld.

(aus der Fraktionserklärung, nach NZZ vom 17.3.83)